

## Aufsätze

Dr. Dirk E. Meyer, Diplom-Kaufmann, München

### Zur AfA-Berechtigung bei unentgeltlicher Nutzungsüberlassung

#### A. Verlust von AfA-Potential als Konsequenz des Kostentragungsgedankens

Überläßt der (wirtschaftliche) Eigentümer ein abnutzbares Wirtschaftsgut unentgeltlich zur Nutzung, soll weder er noch der Nutzungsberechtigte Abschreibungen auf das überlassene Wirtschaftsgut geltend machen dürfen. Das auf die Dauer der Nutzungsüberlassung entfallende AfA-Potential geht verloren. Dies hat der BFH für den Fall der unentgeltlichen Überlassung eines Grundstücks im Wege des Nießbrauchs (sog. Zuwendungsnießbrauch)<sup>1</sup> und den personell erweiterten Vorbehaltsnießbrauch<sup>2</sup> entschieden. Bei letzterem handelt es sich um die zivilrechtliche Übereignung eines Wirtschaftsgutes mit anschließender unentgeltlicher Rücküberlassung im Wege des Nießbrauchs an den früheren Eigentümer und einen Dritten, wobei es sich meist um den Ehegatten des früheren Eigentümers handelt. Insoweit, als die Abschreibungen auf den unentgeltlich Nutzungsberechtigten Dritten entfallen, geht das AfA-Potential verloren.

Seit dem Urteil des BFH vom 13. 5. 1980<sup>3</sup> wird allgemein akzeptiert, daß Aufwendungen nur dann einkünftermindernd geltend gemacht werden können, wenn sie durch die Einkunftserzielung veranlaßt sind. Wegen der Unentgeltlichkeit der Überlassung erzielt der Eigentümer während der Dauer des Nutzungsverhältnisses keine Einnahmen. Die Abschreibungen stehen auch nicht im Zusammenhang mit Einnahmen, die der Eigentümer nach Beendigung des Nutzungsverhältnisses erzielen wird; denn die Abschreibungen entstehen nicht im Hinblick auf eine zukünftige Nutzung des Wirtschaftsgutes. Vielmehr hängt der Aufwand mit der laufenden Nutzung des Wirtschaftsguts zusammen. Es liegen also keine vorab entstandenen Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten vor. Mangels eines Zusammenhangs mit der Einkunftserzielung können die Abschreibungen auf ein unentgeltlich überlassenes Wirtschaftsgut vom Eigentümer nicht geltend gemacht werden. Hiergegen bestehen m. E. keine Bedenken.

Zwar sind die Abschreibungen nicht durch die Einkunftserzielung des Eigentümers veranlaßt. Es besteht jedoch ein Zusammenhang mit der Einkunftserzielung des unentgeltlich Nutzungsberechtigten. Trotzdem dürfen die Abschreibungen bei der Ermittlung der Einkünfte des Nutzungsberechtigten nicht berücksichtigt werden. Denn nach bisheriger Rechtsprechung sollen Abschreibungen nur von demjenigen geltend gemacht werden können, der die zugehörigen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten getragen hat (Kostentragungsgedanke). Dies ist aber nicht der Nutzungsberechtigte, sondern der (wirtschaftliche) Eigentümer. Von dem Erfordernis der Kostentragung soll es nur eine Ausnahme im Falle des unentgeltlichen Erwerbs geben. Nach § 11 d Abs. 1 EStDV hat der unentgeltliche Erwerber eines Wirtschaftsgutes die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des Rechtsvorgängers fortzuführen. Der unentgeltliche Erwerber darf deshalb Abschreibungen geltend machen, ohne selbst die zugehörigen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten getragen

zu haben. Da ein unentgeltlich Nutzungsberechtigter jedoch kein Rechtsnachfolger i. S. des § 11 d Abs. 1 EStDV ist, kann diese Ausnahmeregelung auf ihn nicht angewendet werden<sup>4</sup>.

Der Kostentragungsgedanke führt somit zu dem Ergebnis, daß die durch die Einkunftserzielung des unentgeltlich Nutzungsberechtigten veranlaßten (periodisierten) Aufwendungen von diesem nicht geltend gemacht werden können. Da sie beim Eigentümer – zu Recht – ebenfalls nicht erfaßt werden dürfen, geht das auf die Dauer der unentgeltlichen Nutzungsüberlassung entfallende AfA-Potential steuerlich verloren. Für drei Sonderfälle der unentgeltlichen Nutzungsüberlassung ist es dem BFH allerdings gelungen, den Verlust des AfA-Potentials zu verhindern bzw. zu kompensieren. M. E. handelt es sich hierbei jedoch nur um Hilfskonstruktionen, die ein unbefriedigendes Ergebnis vermeiden sollen. Das Problem des Verlustes von AfA-Potential bei unentgeltlicher Nutzungsüberlassung wird durch diese Konstruktionen nur für drei Einzelfälle, nicht aber im Grundsatz gelöst. Darüber hinaus sind die Hilfskonstruktionen in sich nicht schlüssig, was zur Entstehung neuer Zweifelsfragen geführt hat.

#### B. Die von der Rechtsprechung zur Vermeidung des Verlustes von AfA-Potential entwickelten Hilfskonstruktionen

##### I. Unentgeltliche Überlassung zur betrieblichen Nutzung

Wird das unentgeltlich überlassene Wirtschaftsgut zur Erzielung betrieblicher Einkünfte genutzt, soll der Nutzungsberechtigte ein Wirtschaftsgut „Nutzungsrecht“ in sein Betriebsvermögen einlegen können, sofern seine Nutzungsmöglichkeit auf einer gesicherten Rechtsposition beruht<sup>5</sup>. Die Einlage des Wirtschaftsgutes „Nutzungsrecht“ soll zum Teilwert erfolgen. Durch die Einlage zum Teilwert kann neues Aufwandspotential geschaffen werden, ohne daß der Nutzungsberechtigte tatsächliche Ausgaben tätigen müßte. Durch die Abschreibung des eingelegten Nutzungsrechts macht der Nutzungsberechtigte „eigene fiktive Aufwendungen“ einkünftermindernd geltend, wodurch der Verlust der Abschreibungen auf das überlassene Wirtschaftsgut kompensiert werden kann.

Durch die „Konstruktion“<sup>6</sup> der Nutzungsrechtseinlage könnte der AfA-Verlust allerdings auch überkompensiert werden, wenn der Teilwert des Nutzungsrechts die Summe der verlorengehenden AfA-Beträge übersteigt. Der IV. Senat des BFH<sup>7</sup> bewertet deshalb das eingelegte Nutzungsrecht unter Modifizierung der Teilwertdefinition mit der Summe der Abschreibungen, die der Eigentümer geltend machen könnte, wenn er das Wirtschaftsgut zur Einkunftserzielung nutzen

1) BFH v. 28. 7. 1981, BStBl. 1982 II, 454.

2) BFH v. 27. 7. 1982, BStBl. 1983 II, 6, und v. 11. 10. 1983, BStBl. 1984 II, 266.

3) BFH v. 13. 5. 1980, BStBl. 1981 II, 299.

4) BFH v. 28. 7. 1981, BStBl. 1982 II, 454.

5) BFH v. 28. 2. 1974, BStBl. II, 481; v. 16. 11. 1977, BStBl. 1978 II, 386; v. 31. 10. 1978, BStBl. 1979 II, 401 [403 Tz. 2b]; v. 22. 1. 1980, BStBl. II, 244 [246 Tz. 3b]; v. 20. 11. 1980, BStBl. 1981 II, 68 [69 Tz. II 2]; v. 26. 5. 1982, BStBl. II, 594; v. 2. 8. 1983, BStBl. II, 735, 736, 739, und v. 8. 12. 1983, BStBl. 1984 II, 202.

6) Littmann, Unentgeltliche Nutzungsüberlassung von Wirtschaftsgütern und Absetzung für Abnutzung, DB 1980, 1040 [1043].

7) BFH v. 20. 11. 1980, BStBl. 1981 II, 68.

würde. Er will damit die Schaffung von Aufwandspotential begrenzen. Im Ergebnis geht es diesem Senat also nur um eine Überleitung des AfA-Potentials auf den unentgeltlich Nutzungsberechtigten. Demgegenüber will der VIII. Senat<sup>8</sup> alle Folgerungen aus der Vorstellung ziehen, wonach Nutzungsrechte selbständige Wirtschaftsgüter sein sollen. Die Gefahr einer Schaffung von ungerechtfertigtem AfA-Potential nimmt dieser Senat bewußt in Kauf. Im Schrifttum<sup>9</sup> wird bereits darüber nachgedacht, wie die Rechtsprechung des VIII. Senats in ein Steuersparmodell eingebettet werden könnte. Die Finanzverwaltung<sup>9a</sup> will das Urteil daher nicht anwenden.

Die bis heute ungelösten Bewertungsprobleme machen die Unzulänglichkeiten der Hilfskonstruktion „Nutzungsrechtseinlage“ hinreichend deutlich. Darüber hinaus ist eine bloße Rechtsposition – selbst wenn es sich um eine dinglich gesicherte handeln sollte – noch kein Wirtschaftsgut<sup>10</sup>. Zwar gehört der mit dem unentgeltlich eingeräumten Nutzungsrecht verbundene wirtschaftliche Vorteil „unentgeltliche Nutzungsmöglichkeit“ als „Gewinnchance aus einem schwebenden Vertrag“ zum Kreis der potentiellen Wirtschaftsgüter. Ob es sich bei einer solchen Gewinnchance jedoch tatsächlich um ein einlagefähiges Wirtschaftsgut handelt – wie die Rechtsprechung von jeher ohne nähere Begründung behauptet –, ist äußerst fraglich<sup>11</sup>.

## II. Vorbehaltsnießbrauch

Der Vorbehaltsnießbrauch stellt zivilrechtlich eine Über-eignung mit gleichzeitiger Nießbrauchbestellung zugunsten des bisherigen Eigentümers dar. Eine solche Gestaltung wird in der Praxis meist aus erbschaftsteuerlichen Gründen gewählt. Durch eine frühzeitige Übereignung von Vermögensgegenständen auf die zukünftigen Erben soll die mehrfache Ausnutzung erbschaftsteuerlicher Freibeträge und eine Kap-pung des progressiven Erbschaftsteuertarifs durch Verminderung der im Erbfall zu übertragenden Vermögensmasse erreicht werden. An der Nutzung des übereigneten Wirtschaftsgutes soll sich dagegen bis zum Tode des bisherigen Eigentümers nichts ändern, was durch den Vorbehalt eines Nießbrauchsrechts gewährleistet ist. Da im Hinblick auf die tatsächliche Nutzung zunächst alles beim alten bleibt, sah die frühere Rechtsprechung<sup>12</sup> den Vorbehaltsnießbraucher weiterhin als Eigenbesitzer und damit als wirtschaftlichen Eigentümer i. S. des § 39 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 AO 3. Alternative an<sup>13</sup>. Es wurde also unterstellt, daß der Vorbehaltsnießbraucher zunächst nur das formalrechtliche Eigentum übertragen wolle. Das wirtschaftliche Eigentum solle erst bei Beendigung des Nießbrauchs übergehen. Dieser Rechtsprechung folgend, sieht die Finanzverwaltung<sup>14</sup> den Vorbehaltsnießbraucher noch heute regelmäßig als wirtschaftlichen Eigentümer an. Als solcher ist er weiterhin zur Vornahme der AfA berechtigt.

Dagegen betrachtet der BFH neuerdings<sup>15</sup> nicht mehr den früheren Eigentümer und späteren Nießbraucher, sondern den neuen bürgerlich-rechtlichen Eigentümer auch als neuen wirtschaftlichen Eigentümer. Der Vorbehaltsnießbrauch ist also als Übertragung des Wirtschaftsgutes mit anschließender unentgeltlicher Rücküberlassung im Wege des Nießbrauchs zu behandeln. Obwohl der neue bürgerlich-rechtliche Eigentümer auch wirtschaftlicher Eigentümer und damit steuerlich Rechtsnachfolger i. S. des § 11 d Abs. 1 EStDV wird, soll der Vorbehaltsnießbraucher weiterhin zur Vornahme der Abschreibungen berechtigt sein, weil der Zusammenhang zwischen dem ursprünglichen Tragen der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und der Nutzung des nießbrauchsbelasteten Wirtschaftsgutes angeblich nicht durchbrochen worden ist<sup>16</sup>.

Diese Sonderbehandlung des Vorbehaltsnießbrauchs läßt sich allenfalls noch mit der sog. Splittertheorie erklären<sup>17</sup>. Diese Theorie ist jedoch keine geeignete Basis für eine systemgerechte Lösung der einkommensteuerlichen Behandlung von Nutzungsüberlassungen; denn sie führt zu unlösba-ren Problemen im Falle der vorzeitigen Beendigung solcher Leistungsbeziehungen<sup>18</sup>.

## III. Unentgeltliche Überlassung einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus

Wird eine Wohnung unentgeltlich überlassen, hat der Nutzungsberechtigte den Nutzungswert dieser Wohnung unter den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung zu versteuern<sup>19</sup>. Dies gilt nach neuer Rechtsprechung<sup>20</sup> nunmehr außer für die Überlassung im Rahmen eines dinglichen Nutzungsverhältnisses auch für die obligatorische Überlassung, sofern die Nutzungsmöglichkeit auf einer gesicherten Rechtsposition beruht. Der Nutzungswert ist als Überschuß der ortsüblichen Miete über die Werbungskosten zu ermitteln. Zu den Werbungskosten gehören auch die Abschreibungen<sup>21</sup>. Da der unentgeltlich Nutzungsberechtigte aber weder die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der Wohnung getragen hat noch als Rechtsnachfolger i. S. des § 11 d Abs. 1 EStDV angesehen werden kann, soll er die Abschreibungen nicht geltend machen dürfen. Nach den allgemeinen Grundsätzen müßte es somit eigentlich zum Verlust der AfA kommen.

Nach neuester Rechtsprechung des BFH<sup>22</sup> sollen die Abschreibungen dagegen weiterhin vom Eigentümer geltend gemacht werden können, obwohl er das Wirtschaftsgut „Wohnung“ infolge der Unentgeltlichkeit der Überlassung nicht zur Einkunftserzielung einsetzt. Es soll in diesen Fällen genügen, daß der Eigentümer irgendeine andere Wohnung in demselben Haus durch Fremdvermietung zur Einkunftserzielung nutzt. Die Abschreibungen hängen nämlich angeblich nicht an der einzelnen Wohnung, sondern am ganzen Gebäude, weshalb eine Aufteilung und personell unterschiedliche Zurechnung nicht in Betracht kommen soll. Schmidt<sup>23</sup> spricht

8) BFH v. 2. 8. 1983, BStBl. II, 735 [736 Tz. 4].

9) Vgl. Stadie, Zur Einlage von Nutzungsrechten in das Betriebsvermögen, DB 1984, 578 [582].

9a) BMF-Schrb. v. 10. 7. 1984, BStBl. I, 460.

10) BFH v. 23. 6. 1978, BStBl. II, 521.

11) Vgl. dazu ausführlich D. Meyer, Einkommensteuerliche Behandlung des Nießbrauchs und anderer Nutzungsüberlassungen, 1984, S. 284 ff.

12) BFH v. 8. 3. 1977, BStBl. II, 629; v. 21. 6. 1977, BStBl. 1978 II, 303, und v. 21. 6. 1977, VIII R 81/75 n. v.

13) Zum Eigenbesitz als eindeutigen Kriterium für die persönliche Zurechnung von Wirtschaftsgütern im Steuerrecht vgl. D. Meyer, Einkommensteuerliche Behandlung des Nießbrauchs und anderer Nutzungsüberlassungen, 1984, S. 141 ff.

14) BMF-Schrb. v. 23. 11. 1983, BStBl. I, 508 [Tz. 37].

15) BFH v. 7. 12. 1982, BStBl. 1983 II, 627; v. 2. 8. 1983, BStBl. II, 735, und v. 8. 12. 1983, BStBl. 1984 II, 202.

16) BFH v. 28. 7. 1981, BStBl. 1982 II, 380, und v. 7. 12. 1982, BStBl. 1983 II, 627 [629 Tz. 3].

17) Gl. A. Söffing, Die Besteuerung von Einkünften bei Nießbrauchsbestellung, in: Deutscher Steuerberaterverband (Hrsg.), Deutscher Steuerberaterstag 1981 in Hamburg, Protokoll, Bonn 1982 S. 81 [102]; Stadie, Zur Einlage von Nutzungsrechten in das Betriebsvermögen, DB 1984, 578 [581 f.].

18) Vgl. dazu ausführlich D. Meyer, Zur Einlagefähigkeit unentgeltlich eingeräumter Nutzungsrechte, erscheint demnächst in DB.

19) § 21 Abs. 2 EStG 2. Alternative.

20) BFH v. 29. 11. 1983, BStBl. 1984 II, 366.

21) § 9 Abs. 1 Nr. 7 EStG.

22) BFH v. 29. 11. 1983, BStBl. 1984 II, 371.

23) Vgl. L. Schmidt, Urteilsanmerkung, FR 1984, 232; kritisch auch B. Meyer, Werbungskosten bei unentgeltlicher Überlassung einer Wohnung im eigenen Haus, DStR 1984, 423 f.; Söffing, Zurechnung des Nutzungswerts unentgeltlich überlassener Wohnungen, NWB 1984 F. 3, 5729 [5731 f.].

in diesem Zusammenhang von überraschenden, für den Eigentümer im Ergebnis aber natürlich erfreulichen Erkenntnissen des VIII. Senats.

Die Hilfskonstruktion funktioniert allerdings nur, wenn es sich um eine Wohnung in einem teilweise fremdvermieteten Mehrfamilienhaus handelt. Sofern der Eigentümer keinerlei Einnahmen aus dem Objekt erzielt, wie bei der unentgeltlichen Überlassung eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung, gehen die Abschreibungen weiterhin verloren.

### C. Zurechnung von Aufwendungen nach dem Veranlassungsprinzip

Schon Littmann<sup>24</sup> äußerte die Hoffnung, daß die Sonderrechtsprechung zur Nutzungsrechtseinlage bei unentgeltlicher Nutzungsüberlassung eine allmähliche Hinwendung zu der Erkenntnis signalisiere, daß der unentgeltlich Nutzungsberechtigte Abschreibungen auf das überlassene Wirtschaftsgut geltend machen könne. Bisher ist eine dahingehende Wende in der Rechtsprechung allerdings noch nicht ersichtlich. Angesichts der sich immer weiter von allgemeinen steuerlichen Prinzipien entfernenden Hilfskonstruktionen des BFH zur Vermeidung des Verlustes von AfA-Potential ist es m. E. an der Zeit, das Problem der AfA-Berechtigung bei unentgeltlicher Nutzungsüberlassung vom Grundsätzlichen her zu lösen.

Voraussetzung hierfür ist die Aufgabe des Kostentragungsgedankens, d. h. der Vorstellung, daß Abschreibungen – außer im Falle des § 11 d Abs. 1 EStDV – nur von demjenigen geltend gemacht werden dürfen, der die zugehörigen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten getragen hat. Dies sollte nicht schwerfallen; denn dem Einkommensteuergesetz kann ein solcher Grundsatz ohnehin nicht entnommen werden<sup>25</sup>. Nach dem Wortlaut des Gesetzes<sup>26</sup> sind Betriebsausgaben Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt sind. Auch für das Vorliegen von Werbungskosten kommt es nach heute h. M.<sup>27</sup> nur auf den Veranlassungszusammenhang zwischen Aufwand und einnahmenbringender Tätigkeit an. Daraus folgt, daß Betriebsausgaben und Werbungskosten unabhängig davon, wer sie verausgabt hat, bei demjenigen zu berücksichtigen sind, durch dessen Einkunftserzielung sie veranlaßt wurden.

Daß es auf die Kostentragung nicht ankommt, wenn der Veranlassungszusammenhang feststeht, wird für die personelle Zurechnung laufender Ausgaben auch von der Rechtsprechung<sup>28</sup> seit langem anerkannt, nicht dagegen für die personelle Zurechnung von Abschreibungen. Eine unterschiedliche Behandlung der in der Periode der Verausgabung sofort abzugsfähigen Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten einerseits sowie der periodisierten Ausgaben andererseits läßt sich jedoch m. E.<sup>29</sup> nicht rechtfertigen. Sowohl die laufenden als auch die periodisierten Ausgaben erfüllen den Betriebsausgaben- bzw. Werbungskostenbegriff und sind daher gleich zu behandeln. Auch die Zurechnung der Abschreibung richtet sich deshalb nur nach dem Veranlassungsprinzip<sup>30</sup>.

Die Abschreibungen repräsentieren den durch die Nutzung des betreffenden Wirtschaftsgutes verursachten Aufwand. Dieser ist durch die Einkunftserzielung desjenigen veranlaßt, der das Wirtschaftsgut nutzt. Im Falle einer unentgeltlichen Nutzungsüberlassung ist dies der Nutzungsberechtigte. Ihm stehen die Abschreibungen folglich zu. Allein die Aufwandszurechnung nach dem Veranlassungsprinzip schafft eine für alle Fälle der unentgeltlichen Nutzungsüberlassung gleichermaßen brauchbare Lösung des AfA-Problems und macht die Hilfskonstruktionen des BFH überflüssig. Der BFH wird

demnächst<sup>31</sup> Gelegenheit haben, sich zu der hier vertretenen Auffassung zu äußern.

24) Vgl. Littmann, Unentgeltliche Nutzungsüberlassung von Wirtschaftsgütern und Absetzung für Abnutzung, DB 1980, 1040 [1042].

25) Gl. A. Stadie, Zur Einlage von Nutzungsrechten in das Betriebsvermögen, DB 1984, 578.

26) § 4 Abs. 4 EStG.

27) Vgl. v. Bornhaupt, Ermittlung des Werbungskostenbegriffs nach dem Veranlassungsprinzip im Wege der Rechtsfortbildung, DStR 1983, 11 ff. m. w. N.

28) RFH v. 10. 2. 1937, RStBl. 898; BFH v. 1. 4. 1965, BStBl. III, 359; vgl. dazu ausführlich D. Meyer, Einkommensteuerliche Behandlung des Nießbrauchs und anderer Nutzungsüberlassungen, 1984, S. 273 ff.

29) Ohne Begründung ausdrücklich a. A. Hutter, Zur steuerrechtlichen Behandlung von Nutzungsrechten an vermieteten Grundstücken, DStZ 1981, 47 [52]; FG Saarland v. 19. 6. 1970, EFG 1970, 493 (rkr.).

30) Gl. A. Biergans, Überlegungen zur personellen Zurechnung von Betriebsausgaben und Werbungskosten, FR 1984, 297 [304 f.].

31) Revision VIII R 22/81, FG Berlin v. 14. 10. 1980, EFG 1981, 337.

Hans Thoma, Landshut

## Altwarensammlungen als fragwürdige Steuerquelle

Gedanken zur umstrittenen Besteuerung der „guten Tat“

### I. Problemschilderung

#### 1. Beispielsfall

Idealistisch denkende Vertreter einer gemeinnützigen Organisation planen eine gute Tat. Sie geben in ihrer Stadt bekannt, daß sie für geistig und körperlich behinderte Jugendliche eine Serie moderner Spezialarbeitsstühle beschaffen und sie der örtlichen Lebenshilfeeinrichtung schenken wollen. Die wegen ihrer anerkannt-positiven Tätigkeit in Sachen Wohlfahrtspflege hochangesehene Organisation ruft auf zu einer Altpapier- und Altkleiderspende.

Die Bevölkerung der Stadt tut das ihre. Sie hält Bestände an Altpapier und Altkleidern einige Zeit zurück, um sie dann bewußt und gewollt gerade bei Aufrufen solcher bekannt seriöser Organisationen als Sachspende abzuliefern. Die Organisation setzt freiwillige Helfer ein, stellt Fahrzeuge, sammelt die Papier- und Kleiderspenden auf, sichtet das Material und verkauft es an Verwertungsfirmen.

Den gesamten Erlös verwenden die idealistischen Initiatoren zum Kauf der modernen Arbeitsstühle für die behinderten Jugendlichen. Zusammen mit den Bürgern der Stadt als Spendern freuen sich die Organisatoren der Sammlung, ihrer örtlichen Lebenshilfeeinrichtung Gutes tun zu können.

Aber mit der planmäßigen Aktion hat die gemeinnützige Körperschaft einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb begründet. Und wenn die gemeinnützige Organisation nach § 5 Nr. KStG auch ausdrücklich steuerbefreit ist, – mit ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb<sup>1</sup> unterliegt sie der KSt und GewSt in gleicher Weise wie der professionelle Altmateriahändler.

### 2. Begründung für die Steuerpflicht der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe

Mit ihren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben sind die an sich steuerbefreiten gemeinnützigen Körperschaften also – in

1) Zum Begriff „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb“ s. § 14 AO.